

## Die FEDE unterstützt des Referendum gegen das neue Gesetz über die Gebäudeversicherung und die Feuerpolizei

Medienmitteilung  
12. Oktober 2016

Die FEDE reicht heute bei der Staatskanzlei ihre Referendumsankündigung ein. Die Unterschriftensammlung ist lanciert. Der Staatsrat und der Grosse Rat haben den Austritt der KGV-Mitarbeitenden aus dem StPG hingenommen, ohne mit der Wimper zu zucken. Die FEDE hat beschlossen, sich entschieden gegen diesen Schritt zur Wehr setzen, da dieser einen gefährlichen Präzedenzfall etablieren würde: Ist es nach dem Personal der KGV etwa an den Mitarbeitenden des Freiburger Spitals, ihren Status als Staatsangestellte aufzugeben? Wir befinden uns an einem Wendepunkt. Der Status des Personals und die Qualität des öffentlichen Dienstes stehen unter Beschuss. Wenn wir darauf reagieren wollen, dann ist jetzt der Moment dazu. Die Sozialdemokratische Partei und die Christlich-Soziale Partei sowie der VOPSI und ssp stehen hinter der FEDE. Weitere Partner könnten sich mit dieser Gruppe solidarisch zeigen.

Seit der Vernehmlassung des Gesetzes hat die FEDE ihre Opposition zum Artikel 13 kundgetan, welcher es der KGV erlaubt, ihr Personal aus dem StPG auszunehmen. Sämtliche Gründe, die für eine solche Statusänderung des Personals vorgebracht werden, sind mehr als fadenscheinig. Dennoch war der Grosse Rat nicht einmal zu Verhandlungen bereit. Stattdessen nimmt er lieber das Risiko in Kauf, das ganze Gesetz wegen einem Artikel, der weder der KGV noch dem Kanton einen Mehrwert bringt, zu Fall zu bringen.

Indem sie aber akzeptieren, dass die Mitarbeitenden der KGV so mir nichts, dir nichts aus der Kontrolle des Staates entlassen werden, zeigen sich die Behörden äusserst leichtfertig. Sicher, es sind nur sechzig Personen, die von dieser Massnahme betroffen sind. In Tat und Wahrheit wird dadurch aber der ganze öffentliche Dienst in Frage gestellt. Es handelt sich hierbei um einen völlig unakzeptablen Präzedenzfall, welcher der Zerschlagung des Service public Tür und Tor öffnet. Wenn man so bedenkenlos akzeptiert, dass das Personal der KGV aus dem StPG austritt, was soll man dann morgen sagen, wenn es

um einen Austritt der Mitarbeitenden des HFR geht?

Hier steht nicht nur der Status der Staatsangestellten auf dem Spiel, sondern die Qualität des öffentlichen Dienstes. Es handelt sich hierbei nicht nur um einen Angriff auf die Staatsangestellten, sondern um die Gefährdung einer Institution im Dienste der Bürgerinnen und Bürger. Der Staat muss aber Garant ebendieser Qualität sein. Lässt er aber so wichtige Institutionen wie die KGV nach ihrer eigenen Pfeife tanzen, dann verliert er die Kontrolle. Für die FEDE bestehen keine Zweifel, dass dies die einzige wirkliche Motivation der Geschäftsleitung der KGV ist. Die FEDE lädt die Freiburger Bevölkerung deshalb heute dazu ein, zu entscheiden, ob sie es gutheissen will, dass die Geschäftsleitungen von Staatsdiensten machen können, was ihnen gerade gefällt, oder ob sie im Gegenteil die Kontrolle über diese behalten möchte.

Weder die KGV noch die kantonalen Behörden erachteten es bei dieser Sache für nötig, sich mit den Vertretenden der FEDE zu treffen, um deren Meinung zu diesem Schritt einzuholen. Mit der Lancierung des Referendums gibt die FEDE denen, die nicht mit ihr verhandeln wollten, eine scharfe Antwort. Die FEDE hat sich immer für einen starken öffentlichen Dienst, Gleichbehandlung und Gerechtigkeit stark gemacht. Artikel 13 des neuen Gesetzes tritt diese Prinzipien mit Füssen. Er erlaubt es zum Beispiel, leistungsabhängige Löhne einzuführen, obwohl sich der Grosse Rat vor nicht allzu langer Zeit dagegen ausgesprochen hat. Zudem würde dieser Artikel zur Ungleichbehandlung unter den Staatsangestellten führen.

Seit der Vernehmlassung stellt sich die FEDE daher die dringende Frage: **Wie kann man argumentieren, dass die Mitarbeitenden der KGV aus dem StPG austreten müssen, damit sie mehr verdienen können, während dieselbe Massnahme voraussichtlich auf das Personal des HFR angewendet werden soll, um bei den Löhnen Einsparungen zu erzielen?** Nach welchen Prinzipien treffen jene, die uns heute regieren, ihre Entscheidungen?

**Es handelt sich hierbei ganz klar um eine Frage des Prinzips, über die wir endlich grundsätzlich diskutieren müssen.**